

Zwei Kitas bleiben wegen Verdi-Warnstreiks geschlossen

Gewerkschaft ruft Awo-Beschäftigte auf, am kommenden Dienstag die Arbeit niederzulegen

Von Nina Stratmann

Um ihren Forderungen zum einen in der Tarifrunde mit der Arbeiterwohlfahrt (Awo) NRW, zum anderen in der Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst der Länder Nachdruck zu verleihen, plant die Gewerkschaft Verdi Protestaktionen. Als erstes sind die Beschäftigten der Awo aus Pflege, Kitas, Offenem Ganztage (OGS) oder Beratungsstellen am Dienstag, 29. Januar, zum Warnstreik aufgerufen. Auch von den 582 betroffenen Awo-Mitarbei-

tern in Bottrop werden sich welche beteiligen. So werden zwei der sieben Awo-Kitas geschlossen sein.

„Am 29. Januar steht die zweite Verhandlungsrunde mit den Awo-Arbeitgebern in Düsseldorf an“, erklärt Gewerkschaftssekretärin Marion Schäfer. „Wir mobilisieren die Beschäftigten, um dort präsent zu sein – weil die Arbeitgeber insbesondere bei der Gleichbehandlung der OGS-Beschäftigten sparen.“ Die Erzieher dort sollten gleichgestellt sein mit den Kita-Erziehern, so Schäfer. Verdi fordert zudem u.a. zehn Pro-

zent mehr Lohn (Laufzeit 13 Monate) und 100 Euro mehr Ausbildungsvergütung pro Monat.

Der Awo-Arbeitgeberverband bietet sieben Prozent mehr Lohn (Laufzeit 30 Monate), zeigt sich Gesprächsbereit bei der Ausbildungsvergütung. Gudrun Wischniewski, Geschäftsführerin des Awo-Unterbezirks Gelsenkirchen/Bottrop, hält das Angebot für gut – und gibt auch zu bedenken: „Wir müssen es refinanziert bekommen. Gerade im OGS-Bereich haben wir ja schon gesagt: Wir brauchen eine Regelförde-

rung, die in allen Kommunen gleich ist.“ Sollten Kinder-Einrichtungen aufgrund des Warnstreiks geschlossen sein, „stehen wir den Eltern zur Verfügung“.

Notfallbetreuung sichergestellt

So werden die Awo-Kitas „Spatzenest“ und „Villa Kunterbunt“ zwar komplett bestreikt, Eltern sollen aber Ausweichkitas angeboten werden. „Bunte Welt“ und „Hand in Hand“ haben eine Notfallbetreuung vor Ort. Die restlichen Kitas haben Normalbetrieb.

Auch im Zuge der Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst der Länder stehen die Zeichen auf Warnstreik, dieser kommt in der Region voraussichtlich Mitte Februar, „zwischen der zweiten und dritten Verhandlungsrunde“, so Gewerkschaftssekretärin Andrea Bornemann. Verdi fordert hier u.a. eine Erhöhung der Tabellenentgelte um sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr. Betroffen sind Bedienstete aller Landesbehörden wie Gericht, Finanzamt, Hochschule, zudem Lehrer und die Polizei.